Ä1 Antrag zur Gründung der LFG Christ*innen

Antragsteller*in: Thea-Helene Gieroska (KV Magdeburg)

Titel

Ändern in:
Antrag zur Gründung der LFG Religion und Weltanschauung

Änderungsantrag zu L1

In Anlehnung an die BAG Christen und Christinnen und BAG Sekuläre haben wir folgenden Antrag zur Gründung der LFG Religion und Weltanschauung in Sachsen-Anhalt erarbeitet. Wir beantragen daher die Anerkennung der Landesfachgruppe Religion und Weltanschauung als LFG des Landesverbandes.

Begründung

Sachsen-Anhalt ist zwar ein Bundesland, in dem rund 80% der Bevölkerung atheistisch sind, trotzdem haben wir diverse und bunte Religionsgemeinschaften. Wir sind das Land von Luther, aber auch das Land vom antisemitischen Attentat in Halle. Deshalb können wir uns als Partei keinen eindimensionalen Blick auf Religion und Weltanschauung erlauben.

Als BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN verstehen wir uns als vielfältige Partei, nicht zuletzt zeigt das Vielfältigkeitsstatut, wie sehr wir uns für eine plurale Gesellschaft und Partei einsetzen. Deshalb sollten die Mitglieder dieser neuen LFG ermutigt sein, ihren Namen offen zu halten und somit sprachlich deutlich zu machen, dass wir uns nicht nur mit einer religiösen Weltanschauung beschäftigen wollen. Allein durch die Zielstellung der LFG wird dies nicht deutlich genug.

Änderungs der ursprünglichen Begründung:

Grüne Politik auf Basis humanistischer Werte

Wir sind Grüne Mitglieder, die aus ihrem Glauben heraus als Interessengruppe innerhalb der Partei zu einer LFG zusammenschließen möchten, um die grünen Ideen auch unter Berücksichtigung von Werten verschiedener Religionen und Weltanschauungen umzusetzten. Wir wollen uns dabei an die Wurzel von Bündnis 90 aktiv erinnern und lebendig halten. Gerade im Hinblick darauf, dass Kirche die friedliche Revolution von 1989 maßgebend gefördert und gestützt hat. Beziehen wollen wir uns unter anderem auf die „Ökumenische Versammlung“ von 1988/1989, deren Ergebnispapiere unser Handeln und Denken maßgeblich beeinflussen. Diesem Anliegen fühlen wir uns verbunden und möchten darauf berufend, unsere bündnisgrüne Politik besonders in unserem Bundesland zivilgesellschaftlich wieder voranbringen.

Wir sehen uns nicht als kirchlich gebundenes Gremium und vertreten nicht eine Religion oder Weltanschauungsgemeinschaft. Wir sehen aber sehr wohl die Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer zivilgesellschaftlichen Verantwortung und wollen mit ihnen partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Wir wollen uns in den interreligiösen Dialog als auch in die gesellschaftliche und politische Diskussion einbringen, wann immer es um Bewahrung und Verteidigung religiöser und humanistischer Werte geht.

Wir wollen Anstoß geben zum Nachdenken über ethisch und politisches Handeln.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den jeweils direkt zuständigen Landesfachgruppen unter anderem einen Beitrag leisten zu Themen wie:

Gleichstellung der LGBTQ-Community, faire Familienpolitik, Umweltschutz unter Betrachtung der Bewahrung der Schöpfung, interreligiöser Dialog, Frieden und Gerechtigkeit, besonders mit Blick auf die Asylpolitik.

Daher bitten wir euch um Unterstützung und Zuspruch, damit wir die Vielfalt unserer Partei auch hier erweitern können.